

genheit über andere Modelle zu unterstreichen. Die Kosten dieses Erfolges bleiben allerdings ebenso im Dunkeln wie die Determinanten des amerikanischen Wiedererstarkens. Es zeugt wohl auch von einer gewissen westlichen Voreingenommenheit, wenn man sich selbst als Wirtschafts- und Finanzexperte (oder vielleicht gerade deshalb?) keine Alternative zu einem okzidental Kapitalismus vorstellen kann, der ja selbst in den USA nicht ganz ohne staatliche Interventionen funktioniert.

Bei den Kapiteln zur verarbeitenden Industrie bleibt *Wood* leider auf der Makroebene stehen. Industriesoziologen kommen nicht auf ihre Kosten, wenn es darum geht, die Grenzen von Toyotismus, Lean Production oder Total Quality Management aufzuzeigen. Außer der Bemerkung, daß das Just-In-Time-Management am Tokioter Berufsverkehr scheitert, gibt es in diesem Buch keine Auseinandersetzung mit dem Produktionsmodell, das westliche Wissenschaftler und Manager so fasziniert hat. Interessante Thesen, die *Wood* aufstellt, daß z. B. die japanische Mikroelektronik und Autoindustrie lange Zeit so erfolgreich waren, weil sie sich gegen den Einfluß des MITI (Technologieministerium) zu Wehr gesetzt haben, werden bedauerlicherweise nicht weiter verfolgt.

Abgesehen davon ist der Titel des Buches (und auch einige inhaltliche Ausführungen) Schwarzmalerei. Wachstumsraten von vier Prozent und eine Arbeitslosenquote zwischen drei und vier Prozent sind Wirtschaftsdaten, die sich westliche Ökonomen und Politiker wünschen. Ob ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umbruch Japans wirklich so unmittelbar bevorsteht, wie uns der Autor glauben machen will, ist fraglich.

Nichtsdestoweniger ist „The End of Japan Inc.“ ein kurzweiliges Buch mit detailliertem journalistischem Faktenwissen. Für Wissenschaftler, die sich für das „Wirtschaftsmodell Japan“ interessieren, ist es aber bestenfalls eine Zusammenfassung einschlägiger Zeitungsartikel und somit ergänzende Lektüre.

Susanne Giesecke

***Chalmers Johnson, Japan – Who Governs? The Rise of the developmental state, W. W. Norton, New York/London 1995, 384 S.***

Die Anzeichen, die *Wood* als das „End of Japan Inc.“ interpretiert, dürften allerdings für einen so intimen Japankenner wie *Chalmers*

*Johnson* (Autor des Klassikers „MITI and the Japanese Miracle“, 1978) lediglich ephemeren Charakter haben. In seinem neuesten Japanbuch geht es um das Wesen des japanischen Kapitalismus unter dem Einfluß innen- und außenpolitischer Veränderungen, die nach Ansicht des Autors weder mit herkömmlichen makroökonomischen Kriterien gemessen noch mit dem okzidental Kapitalismus gleichgesetzt werden können. Japan ist anders, konstatiert *Johnson* und verteidigt damit die „revisionistische Schule“ der Japanexperten, die diametral zu Autoren wie Wood argumentiert. In der bereits seit einigen Jahren währenden Auseinandersetzung zwischen Revisionisten und Wirtschaftsliberalen behaupten letztere, der japanische Kapitalismus sei nicht so viel anders als der US-amerikanische oder der westeuropäische, und die die japanische Entwicklung kennzeichnenden Phänomene wie Außenhandelsüberschuß, homogene Einkommensstruktur, Protektionismus oder der erfolgreiche und kontinuierliche wirtschaftliche Aufstieg Japans nach 1945 seien mit herkömmlichen makroökonomischen Kategorien zu erklären.

Um das Phänomen Japan dem westlichen Leser näher zu bringen, greift *Johnsons* den Begriff vom „Entwicklungsstaat“ (*developmental state*) oder „Entwick-

lungskapitalismus“ auf. Zwar scheint sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine kapitalistische Wirtschaftsordnung etabliert zu haben, aber der Autor gibt zu bedenken, daß Japan seit über 1500 Jahren existiert und ein so relativ homogener Staat überkommene Traditionen und Gesellschaftsordnungen nicht einfach abschafft. Auch in der Gegenwart bestehen Institutionen, die den japanischen Kapitalismus zu einem besonderen machen. Anders als die meisten Japanologen wehrt sich *Johnson* dagegen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung als ein Ziel der Nachkriegsentwicklung zu definieren, sondern argumentiert überzeugend, daß diese Wirtschaftsordnung die Kontinuität wesentlicher Institutionen der japanischen Gesellschaft aus der Vorkriegszeit ermöglicht hat und gleichzeitig den Anforderungen der amerikanischen Besatzer entsprach, die weitreichende Veränderungen in der japanischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik vornehmen wollten. So diente die kapitalistische Wirtschaftsordnung in erster Linie dazu, parallel zu den ökonomischen Veränderungen einer nachholenden Modernisierung ein bestehendes gesellschaftliches Gefüge zu bewahren. Die Prozesse in der Gesellschaft wurden also nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bedingt.

Besondere Berücksichtigung in *Johnsons* Buch findet in diesem Zusammenhang der „chinesische Weg“, den zu gehen die Japaner nach 1945 vermeiden wollten und mußten. Gleichzeitig wollten sie aber auch die sozialen Kosten eines Kapitalismus nach dem Modell der USA vermeiden. Folglich strukturierten und regulierten die sozialen, politischen und ökonomischen Institutionen in Japan nach dem Zweiten Weltkrieg eine Alternative zwischen Kommunismus und Kapitalismus.

Hier knüpft *Johnson* an seinen MITI-Klassiker an, indem er wieder die These vom „starken Staat“ unterstreicht, dessen Steuerungsvermögen über dem der Ökonomie steht und nicht umgekehrt (trotz der umfangreichen Literatur, die sich seit 1978 kritisch mit diesem Thema auseinandersetzt und zu dem Schluß gekommen war, Institutionen wie MITI übten längst nicht so viel Kontrolle über die japanische Wirtschaft aus, wie von *Johnson* konstatiert).

Mit dieser Kritik setzt sich *Johnson* nur am Rande auseinander. Zwar gibt er zu, daß in den achtziger Jahren die politischen Institutionen ihre regulierende Macht eingebüßt haben, aber in Zeiten von Krisen, wie sie sich augenblicklich wirtschaftlich, innen- und außenpolitisch ankündigen, gewinnen staatliche Institutionen wieder die Oberhand, so

seine Argumentation.

In diesem Sinne beantwortet *Johnson* den Titel seines Buches (*Who Governs?*) nicht wie Dahl mit „die pluralistische Gesellschaft“, sondern es sei die Verwaltung, die in Japan regiert, insbesondere die Ministerialbürokratie. Die Funktion des japanischen Parlaments ist dabei auf die eines Interpreten der Ministerialbürokratie reduziert. Der Reichstag agiert nicht als selbständiges Organ der Gewaltenteilung, denn Gesetzesvorlagen werden nicht im Parlament oder in seinen Ausschüssen gestaltet, sondern in der Ministerialbürokratie entworfen. Das Parlament, das wiederum zu einem großen Teil aus ehemaligen Angehörigen der Ministerialelite besteht, verabschiedet dann die Gesetze. Auch die Führungsetagen der staatlichen sowie der privaten Konzerne werden nicht selten aus diesen Reihen besetzt. Diese „revolving doors“ sind für neue Impulse inhaltlicher und personeller Art relativ undurchlässig. Aus diesem Grund sind auch alle Versuche der Reform der japanischen Verwaltung in den letzten 40 Jahren gescheitert.

Die Skandale und Skandalchen, in die japanische Führungskräfte in der Nachkriegszeit immer wieder verwickelt waren, sind der politischen Struktur inhärent und als Teil der politischen Kultur von den Japanern selber akzeptiert.

tiert. Die interne Rekrutierung der Führungseliten dient nicht zuletzt dazu, die unerwünschte ausländische Wirtschaftskonkurrenz auf Distanz zu halten. Für die Japaner sind Verzögerungstaktiken bei der Patentanmeldung ausländischer Erfinder, ein geschlossenes Distributionssystem, Dumpingpreise oder Preisabsprachen japanischer Anbieter (gegenüber ausländischen Auftraggebern) durchaus legitime Mittel, zum Wohle der japanischen Gesellschaft die eigene Wirtschaft auf ganz unkapitalistische Art und Weise vor dem „Freihandel“ zu schützen.

Bedauerlicherweise verzichtet auch *Johnson* – wie *Wood* – auf eine Verknüpfung der Beobachtungen auf der makroökonomischen Ebene mit einer Analyse einzelner Branchen- und Unternehmensorganisationen. Es wäre sicher eine große Bereicherung nicht nur für das an Fragen des Managements interessierte Publikum gewesen, hätte der Autor aufgezeigt, wie die für den japanischen Kapitalismus typischen Institutionen betriebliche Managementmodelle bedingen oder verfestigen.

Profund sind dagegen die Ausführungen über die bilateralen Beziehungen Japans zu seinen wichtigsten Handelspartnern. Besonders lesenswert ist das Kapitel über die Bedeutung Chinas für Japan, die sich in diesem Jahrhun-

dert mehrere Male verschoben hat, und die Rolle Japans als Entwicklungsprototyp für andere asiatische Staaten. Die Beziehung zum „großen Bruder“ USA nimmt jedoch den Schwerpunkt ein. Der Hegemon sah in Japan fast 50 Jahre lang einen strategischen Partner für die Sicherheit vor dem asiatischen Kommunismus.

Solange sich Japan zu einem wie auch immer gearteten Kapitalismus und zur Verfassungsdemokratie bekannte, war auch die alleinige Vorherrschaft der LDP gesichert, die *Johnson* für undemokratisch und korrupt hält. Unter den außenpolitischen Veränderungen nach dem Ende des Kalten Krieges wird sich nicht nur das amerikanisch-japanische Verhältnis entscheidend wandeln, sondern auch die japanische Innenpolitik, so der Autor. Bei der letzteren sieht *Johnson* durchaus Möglichkeiten zu Reformen und Regierungskoalitionen jenseits der LDP. Wie diese aussehen könnten, bleibt allerdings genauso vage wie die Szenarien zur zukünftigen außenpolitischen Rolle Japans. Was die wachsende Bedeutung der gesamten asiatischen Staaten als Handels- und Sicherheitspartner innerhalb der globalen Staatengemeinschaft angeht, führt *Johnsons* lediglich die neuen Herausforderungen an die USA aus, nicht aber die an Japan.

Susanne Giesecke